Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 164. Freitag, 15. Juli 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Entscheidende Tage in Genf.

Die nach der Niederschrift des folgenden Artikels unseres Genfer Berichterstatters erfolgte Bekanntgabe des englisch-französischen Vertrauenspaktes gibt den folgenden Ausführungen hinsichtlich ihrer Feststellungen wie ihrer Schlußfolgerungen doppelte Bedeutung.

Genf, im Juli 1932.

Es wäre ein großer Fehler, wenn man glauben wollte, mit der Beendigung der Lausanner Reparationskonferenz dürfe eine Pause in der außenpolitischen Aktivität Deutschlands entstehen. So wenig es nach außen hin den Anschein hat, so sehr trifft es doch zu, daß wir in diesen Tagen in Genf vor einem entscheidenden Wendepunkt stehen, und es dürfte notwendig sein, die Aufmerksamkeit der deutschen Oeffentlichkeit jetzt in besonderem Maße auf die Genfer Vorgänge zu lenken. Dabei verdienen weniger die „öffentlichen Kundgebungen" der Genfer Organismen, wie etwa die bevorstehende feierliche Ratssitzung, welche die Vorbereitung der großen Weltwirtschaftskonferenz einzuleiten hat, unser Interesse, als vielmehr die Vorgänge „hinter den Kulissen" und die letzten Sitzungen der Abrüstungskonferenz, die sich anschickt, in ausgedehnte Ferien zu gehen, deren Länge heute noch niemand vorhersehen kann.

Die Abrüstungskonferenz geht in die Ferien, nach fast halbjähriger Tätigkeit, die **kein einziges präzises Ergebnis** gebracht hat. Vier Wochen allgemeiner Aussprache, in der alle Konferenzdelegierten, darunter sämtliche Minister der Großmächte, das Wort ergriffen, — zwei Wochen Kommissionsverhandlungen, die der Bildung der Ausschüsse, der Wahl ihrer Vorsitzenden und ähnlichen technischen Fragen gewidmet waren, — das mochte noch hingehen. Auch die drei Wochen „Osterferien" konnte man begreifen, denn schon bald nach dem Beginn der Abrüstungskonferenz spürte man überall, daß die großen Mächte die bevorstehenden Wahlen — Reichspräsidentenwahl und französische Kammerwahlen — abwarten und daß sie bis dahin Zeit gewinnen wollten. Dann kam die Wiederaufnahme der Arbeiten um die April-Mitte, der ausgedehnte Besuch der Großmachtminister in Genf, Brünings, Tardieus, Stimsons, MacDonalds, Grandis, — die Verhandlungen zu Zweit und zu Dritt, die zwar noch zu keinem endgültigen Ergebnis, aber immerhin zu dem schönen Erfolg von Bessinge und der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung durch die angelsächsischen Minister führten (nachdem Italien die deutsche Forderung schon vorher zur seinigen gemacht hatte). Inzwischen „einigte" man sich auf das Prinzip der „Rüstungsherabsetzung", aber in Etappen, und nach Maßgabe der bekannten „Merkmale", nationale Sicherheit, Möglichkeit zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen usw. Man einigte sich grundsätzlich auch darüber, die Angriffswaffen in einem künftigen Krieg (!) der nationalen Souveränität zu entziehen, ließ aber die Frage offen, ob das durch Zerstörung dieser Waffen, oder dadurch zu geschehen habe, daß man sie einer „internationalen Instanz" zur Verfügung stelle (!). Und schließlich verfiel man auf den berühmten Ausweg, um abermals Zeit zu gewinnen: man ließ, obwohl man „im Prinzip" über die qualitative Abrüstung durch Abschaffung der Angriffswaffen einig war, die technischen Ausschüsse fünf Wochen lang beraten, um festzustellen, **was denn überhaupt Angriffswaffen seien!** Wollte man also die Abrüstungskonferenz beim Worte nehmen, so müßte man feststellen, daß sie sich über die Zerstörung oder Internationalisierung von Waffenarten „geeinigt" hat, ehe sie diese Waffenarten kannte. Und in der Tat haben die Beratungen der technischen Ausschüsse ergeben, daß die „prinzipielle Einigung" ebenso vorschnell wie praktisch wertlos war, denn diese Beratungen zeigten, daß es — überhaupt keine Angriffswaffen gebe, da jedes Land von sich behauptete, **seine** Waffen seien reine Verteidigungswaffen, und da jeder Delegierte die Angriffswaffen nur bei seinem Nachbarn entdeckte.

Diese uferlosen Debatten der technischen Ausschüsse kennzeichnen klarer als alles andere das völlige Versacken der Genfer Konferenz. Es folgte zwar noch eine Reihe von Wiederbelebungsversuchen, — vor der Lausanner Konferenz erklärte man, daß nun die einzelnen Delegationen untereinander Besprechungen über den Fortgang der Konferenzarbeiten führen müßten, aber auch diese Besprechungen scheinen bisher nichts Nennenswertes erbracht zu haben; es folgte der großzügige Hooverplan, der aber nur von Deutschland, Italien und Rußland unterstützt, von einigen kleineren Mächten „grundsätzlich" begrüßt, im übrigen aber von den entscheidenden Faktoren, nämlich den gerüsteten großen und kleinen Staaten ebenso respektvoll wie entschieden abgelehnt wurde . . . Und nun will man in die „Ferien" gehen, mit einer feierlichen Entschließung, in der zwar ein freundliches Wort für die Hooverinitiative, zugleich aber ihre endgültige „Vertagung", und außerdem entweder eine Aufzählung sämtlicher kleiner „prinzipiellen" Einigungen (Budgetkürzung, Beschränkung „gewisser schwerer Waffenarten" (!), Verbot des Luftbombardements „außerhalb des Schlachtfeldes (!)" oder aber überhaupt nur eine Summierung sämtlicher unerledigter Punkte als „Zukunftsprogramm" stehen soll. Es ist klar, daß im ersten Fall, wenn nämlich diese Schlußresolution die „prinzipielle" sein würde; es ist ebenso klar, daß der Inhalt gleich Null sein würde; es ist ebenso klar, daß der Inhalt dieser Entschließung im zweiten Fall, wenn sie ein „Zukunftsprogramm" enthalten würde, außerordentlich umfangreich sein müßte, denn in Wirklichkeit ist bisher noch **nichts erreicht**, und alles bleibt noch zu tun.

Nach den Verhandlungen zwischen den Delegationen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, ist man jedoch — und dies sagen wir im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung — zu der Vermutung berechtigt, daß einflußreiche Kreise der Konferenz überhaupt die Absicht haben, mit diesen „Ferien" — deren Dauer man jetzt schon auf drei, fünf oder gar acht Monate veranschlagt — die Konferenz beschließen und die erzielten „Resultate", über die wir vorhin im einzelnen gesprochen haben, als die berühmte „erste Etappe" des Abrüstungswerkes zu fristeren. Angesichts dieser Möglichkeit erhöht sich die Bedeutung der deutschen Stellungnahme zum bevorstehenden Genfer „Schlußakt": wenn die Konferenz wirklich nach mehreren Monaten wieder zusammentritt, würde es genügen, daß sich die deutsche Delegation von der beabsichtigten Entschließung, die völlig unzureichend ist, klar und deutlich **lossagt.** Wenn jedoch die Möglichkeit oder sogar die Wahrscheinlichkeit besteht, daß diese sechs Monate 1932 die „erste Etappe" des Abrüstungswerkes darstellen sollen, wird unsere Delegation, **wenn sie wirklich in Genf die Brüningsche Außen- und Abrüstungspolitik fortzusetzen beabsichtigt,** eine weit umfassendere Erklärung abzugeben haben, welche den unveräußerlichen Forderungen, die das ganze deutsche Volk nach diesen sechs Genfer Monaten in der Abrüstungsfrage zu stellen hat, noch einmal vor aller Welt in eindeutiger Weise Ausdruck gibt.

Deutschland und das Gentlemen-Agrement.

Berlin. (Funkspruch.) Angesichts der widerspruchsvollen Auslegung, die das Gentlemen-Agrement der Gläubigermächte und seine Tragweite für Deutschland noch immer in einem Teil der Presse findet, wird von zuständiger Stelle erneut mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, **daß für Deutschland lediglich die Abmachungen bindend sind, an denen es beteiligt ist.** Die deutsche Delegation in Lausanne hat von Anfang an sich den Bemühungen, die insbesondere von den Franzosen ausgehen, widersetzt, **eine Verbindung zwischen der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden an Amerika herzustellen und alle Versuche, den Lausanner Pakt von der Regelung der Schuldenzahlung an Amerika abhängig zu machen, kategorisch abgelehnt.** Maßgebend für diese Haltung war, wie nur immer wieder betont werden kann, daß Deutschland die Schuldenfrage nichts angeht und **daß sich Deutschland nicht in eine Einheitsfront der Gläubigermächte wegen Amerika einspannen lassen wird.**

Als dann am 8. Juli der deutschen Delegation die Erklärung der fünf Gläubigermächte mitgeteilt wurde, daß der tatenlose Zeitraum, der zu Beginn der Konferenz erklärt worden ist, solange bestehen bleiben soll, bis die Frage der Ratifizierung geregelt sein würde und daß für den Fall der Nichtratifizierung der alte Zustand wieder hergestellt sein solle, **hat Deutschland sofort gegen die Idee, dann wieder den Mechanismus des Youngplanes in Kraft treten zu lassen, Stellung genommen.** Zur Klärung dieser Frage erfolgte die deutsche Anfrage an den Präsidenten der Konferenz, MacDonald, der darauf die bekannte Erklärung abgab, daß im Falle der Nichtratifizierung eine neue Lage geschaffen sei und eine neue Konferenz stattfinden müsse.

Das bedeutet, wie in hiesigen unterrichteten Kreisen betont wird, **keinesfalls eine Wiederherstellung des Young-Mechanismus.** Durch diese Erklärung MacDonalds ist lediglich festgestellt, daß im Falle der Nichtratifizierung die Situation vor Beginn des Hooverjahres den Ausgangspunkt für neue Verhandlungen bilden wird, die der Beseitigung des entstandenen Zustandes zu dienen hätte.

Der Besuch in Neudeck.

Kein Reichskommissar in Preußen.
Die Kabinettsberatungen gehen Sonnabend weiter.

)(Berlin. **Reichsinnenminister Frhr. von Gayl trifft am Freitag vormittag wieder in Berlin ein, während der Reichskanzler, wie es von Anfang an vorgesehen war, noch einen Tag länger als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck bleibt. Nach Rückkehr des Kanzlers werden dann am Sonnabend die aktuellen Beratungen fortgeführt werden. Es ist selbstverständlich, daß Kanzler und Innenminister ihren Kollegen zunächst über ihre Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Was den Inhalt dieser Besprechungen anlangt, so erörterte man heute in politischen Kreisen lebhaft die Frage, ob der Reichskanzler sich wohl die Ermächtigung zur Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen geben lassen werde, eventuell in der Form eines grundsätzlichen Einverständnisses des Reichstages, von dem dann zu gegebener Zeit Gebrauch gemacht werden könnte. In gutunterrichteten Kreisen hält man derartige Kombinationen aber für gar nicht aktuell. An die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist schon deshalb nicht zu denken, weil der preußische Staatsapparat durchaus intakt ist, sich also gar keine Handhabe zu einer Reichsexekutive ergibt. Eine ganz andere Frage ist, ob sich nicht nach den Reichstagswahlen, also auch mit dem Wiederzusammentritt des preußischen Landtages, die Notwendigkeit zeigt, die Bildung einer starken parlamentarischen Regierung mit größerem Ernst zu betreiben als bisher. Vorläufig läßt sich aber die Situation, die sich nach dem 31. Juli ergibt, noch gar nicht übersehen. Es ist deshalb nach Auffassung maßgebender Kreise auch müßig, jetzt schon Erwägungen hierüber anzustellen.**

Näher liegen jetzt die weiteren Maßnahmen, die das Reichskabinett im Zuge seines wirtschaftlichen Aufbauprogramms plant. Die Verordnung über den Arbeitsdienst, die am Sonnabend veröffentlicht werden soll, wird nur ganz kurz sein, indem sie sich namentlich darauf beschränkt, den dahingehenden Beschluß des Reichskabinetts zu publizieren und alle Einzelheiten, auch die **Ernennung des Präsidenten Syrup zum Reichskommissar,** dem Reichsarbeitsminister überläßt, der Anfang nächster Woche in seinen Ausführungsbestimmungen den Aufbau und die Richtlinien für die Organisation des Arbeitsdienstes verfügen wird. Der Reichsarbeitsminister hat hierüber übrigens in den letzten Tagen auch noch Besprechungen mit den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeitnehmer gehabt, die ihm ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt haben dürften. Von unterrichteter Seite wird besonders unterstrichen, daß der Minister den größeren Wert darauf legt, die Organisation so aufzuziehen, daß die Interessen der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden.

Die weiteren Beratungen des Kabinetts gelten dann den Plänen, die das Reichsministerium des Innern in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts über die **geistige und sportliche Beschäftigung der Jugendlichen** ausgearbeitet hat. Diese Pläne greifen ergänzend in den Arbeitsdienst über und gehen von der Erwägung aus, daß der Arbeitsdienst seine volle moralische Auswirkung erst haben kann, wenn man sich auch des geistigen und körperlichen Wohles der jugendlichen Arbeitslosen annimmt. Man denkt an Vorträge und ähnliche Einrichtungen, die sie auch für spätere Lebensaufgaben vorbilden und ertüchtigen helfen.

Daneben stehen weiter die Fragen **zusätzlicher Arbeitsbeschaffung** durch die **Reichspost,** die **Reichsbahn** und andere Zweige des Verkehrsministeriums zur Diskussion. Namentlich ist dabei auch an eine Planung in den kommenden Winter gedacht. Schließlich ist auch der **Ausbau der Siedlung** nicht zu vergessen. Alle diese Dinge sollen, wie bereits betont, noch bis Ende des Monats vom Reichskabinett verabschiedet werden.

Der Reichsinnenminister wieder in Berlin.

)(Berlin. Der Reichsminister des Innern ist heute morgen aus Neudeck kommend, wo er dem Reichspräsidenten Vortrag über die innerpolitische Lage gehalten hat wieder in Berlin eingetroffen.

Verworrene Lage auf der Abrüstungskonferenz.

)(Genf. Die Lage auf der Abrüstungskonferenz stellt sich heute verworrener denn je dar. Der **Hauptausschuß** wird nunmehr wahrscheinlich erst am Dienstag oder sogar erst am Mittwoch zusammentreten können. Gegen die Resolutionsentwürfe ist von den verschiedensten Seiten Einspruch erhoben worden. **Die bisherigen Entwürfe enthalten keinerlei praktische sofort wirksame uneingeschränkte Abrüstungsmaßnahmen.** Bezeichnend ist, daß diese Entwürfe bestimmte Grundforderungen, wie beispielsweise die der Gleichberechtigung, bisher völlig außer acht lassen. Neuerdings trägt man sich in Kreisen der Konferenzleitung mit dem Gedanken, der Konferenz lediglich die Annahme eines „Berichts" vorzuschlagen.

Angesichts der geschilderten Entwicklung kommt es jetzt für die **deutsche Delegation** kaum mehr darauf an, durch Abänderungsvorschläge im einzelnen den doch aussichtslosen Versuch zu machen, den Benesch'schen Resolutionsentwurf in deutschem Sinne zu verbessern. Es wird sich vielmehr hauptsächlich darum handeln, **durch einen klaren eindeutigen Akt der deutschen Politik die deutsche Auffassung hinsichtlich einer wirklichen Abrüstung und einer Entscheidung in der Forderung nach Gleichberechtigung nachdrücklichst zu vertreten.**

Pariser Vorbesprechungen zur Abrüstungsentschließung.

)(Paris. Ministerpräsident Herriot wird am Sonntag abend in Begleitung des Kriegsministers **Paul Boncour** nach Genf reisen. — Laut Havas werden Montag Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Delegation stattfinden, während die Arbeiten des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am Dienstag beginnen werden.

Herriot hatte übrigens gestern eine längere Besprechung mit Paul Boncour, General Weygand und dem Chef des Generalstabs, General Vamelin. Zur Erörterung stand der Entwurf der Entschließung, der kommende Woche dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz unterbreitet werden wird. Diese Vorbesprechungen in Paris wurden mit Marineminister Leygues und Luftfahrtminister Painlevé fortgesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.